

DIE SCHWEIZ IM HERBST

In gut anderthalb Monaten wird das eidgenössische Parlament gewählt. Hingehen und wählen; Hochparterres Chefredaktor sagt wen.

Text: Köbi Gantenbein*

Die Zeiten sind bewegter als auch schon. Auch bei uns in der Schweiz. Bei aller Gelassenheit über das Fliegengewicht der Schweizer Politik auf den Gang der Welt und auch des Landes – die Damen und Herren Räte, die wir in gut einem Monat in den National- und in den Ständerat wählen, werden in den nächsten vier Jahren Ideologien befestigen und Entscheide treffen, die den Diskurs und die Spielräume für Planung, Architektur und Lebensformen ausweiten oder abklemmen. Man kann dabei durchaus eine individuelle Wahl treffen, möge aber bedenken, dass nebst der Person für den Nationalrat auch die Parteistimme zählt und also eine vernünftige Frau in einer unvernünftigen Partei eine verlorene Wahl ist.

BAURÄUME Die Fahrt durch Stadt und Land schürt die Vermutung, es werde gebaut wie nie. Forsch werden die Dörfer mit Einfamilienhäusern zersiedelt und die Städte verfranselt, bis kein Blümlein mehr auf dem Abstandsgrün wachsen kann. Nun gibt es dagegen ein probates Mittel – die Landschaftsinitiative. Sie wird das Bauen keineswegs verbieten und also den Leserinnen, Abonnenten und Inserenten von Hochparterre das Leben versauern. Denn geplant bauen ist besser, als einfach drauflosbauen. Es braucht keine Hellseherei – die Landschaftsinitiative wird angenommen werden. Es ist dann dafür zu sorgen, dass ihr zügig Gesetze folgen, die eine bessere Baukultur fördern, Bauräume präzise bestimmen, Grenzen zeigen und eine Verschnaufpause setzen gegen das Allesüberall und Immerendlos. Und also haben die Frauen und Männer, die ich zu wählen empfehle, ihre erste Hürde vor sich: Nur die sind auf den Zettel zu schreiben, die sich für die Landschaftsinitiative einsetzen und Gewähr geben, dass sie zügig realisiert wird. Nur die sind also zu wählen, die wirksam wollen, dass die Schweiz besser gebaut wird und die Baukultur Aufwind erhält.

LANDRÄUME Im Mittel sind in der Schweiz im Jahr 44 000 neue Wohnungen entstanden – in den letzten Jahren waren es weniger. Ordnen wir die Zahlen den Standorten zu, so sehen wir eine Boom- und eine Ruheschweiz. In der Boomschweiz vom Genfer- zum Bodensee und in und um Basel und Lugano und in ein paar Luxusferienorten wird das Land zugebaut, in den abgelegenen Dörfern in den Bergen oder im Jura geschieht wenig. Die Probleme von Reibung und Hitze wohnen im Speckgürtel der Städte und in den städtenahen Gebieten, die tun als seien sie Land. Unsere Kandidatinnen haben eine zweite Hürde vor sich: Nur die sind zu wählen, die Raumplanung auch als Raum- und Sozialpolitik und also als Mittel gegen Ungleichheit zwischen Räumen umsetzen. Und sich also stark machen für alle möglichen Experimente, um Berg- und anderen ländlichen Regionen kulturelle und ökonomische Zuversicht zu geben. Und so die erfolgreiche Schweizergeschichte der Solidarität auch über Räume weiter schreiben – gegen die Zumutungen von Machtzirkeln wie *economiesuisse*.

WOHNRÄUME Gewiss, die Motoren brummen kräftig in den Zentren und sorgen mit einem Dickicht von Transfers mit dafür, dass es denen am Rand gut geht. Gut so. Gewiss aber ist auch, dass Gleichheit und Solidarität unteilbar sind. Und so ist die Hürde für die, die in der ländlichen Schweiz antreten, so anzulegen, dass sie dem Kummer derer in den Städten mit Solidarität antworten. Einer drückt von Jahr zu Jahr schmerzlicher: Die Grund- und Bodenpolitik sorgte dafür, dass die Ungleichheit wächst zwischen denen, die Grund und Boden besitzen, und denen, die ihn fürs Woh-

nen und auch fürs Arbeiten brauchen und mieten. Wer schon in einer Bleibe sitzt, dem geht es oft nicht schlecht. Wenn er aber weichen muss, weil der Bagger kommt, die Firma wächst oder weil die Familie zerfällt, gerät er schnell in Not. In der nächsten Legislatur werden weitere steuerliche Privilegierungen für Eigentümer verhandelt und wird allenfalls das Mietrecht revidiert werden. Bisher haben die National- und die Ständeräte aus den kleinen und ländlichen Kantonen dafür gesorgt, dass die Interessen der Boden- und Hauseigentümer gut gepflegt bleiben. Es sind dort und selbstverständlich auch in den Städten und ihren Speckgürteln nur Kandidatinnen und Parteien zu wählen, die Raumentwicklung als Kritik am Gewinn aus Grund und Boden verbindlich machen mit Mehrwertabschöpfung, räumlich wirksamer Lenkungssteuer und einem griffigen Mietrecht.

FREMDENRÄUME Nicht allein der Profit steuert die Verfügungskraft über Grund und Boden. In den letzten vier Jahren sind rund 170 000 Wohnungen auf den Markt gekommen – neu gebaut oder renoviert. In derselben Zeit reisten neu 350 000 Menschen ein, um als Architektinnen, Ingenieure, Banker oder Krankenschwestern zu arbeiten. Oder wie schon seit vielen Jahren als Kübelmänner, Bauarbeiter, Bauernknechte und Putzfrauen. Oder als Flüchtlinge, verfolgt von Krieg oder wirtschaftlicher Not. Gewiss, es ist etwas enger geworden, auch in der Eisenbahn, auf der Strasse oder in der Migros. Vor allem dort, wo die Motoren der Schweiz brummen. Wohlan denn – wir wollen die Stimme den Kandidatinnen und Parteien geben, die sich dafür einsetzen, dass es im Land noch viel Platz für Menschen aus aller Herren Länder gibt. Wir wollen die wählen, die als Nationalrätinnen also die Raumentwicklung so gestalten, damit die alten und die neuen Schweizer in Wohlgefallen dichter leben und wohnen können, statt einsam zu sein im Einfamilienhaus mit Buchsbaum und Burggraben.

PLANUNGRÄUME In den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts gab es in der Schweiz eine Planungseuphorie. Die Energie, die Medien oder der Verkehr wurden nicht nur geplant, sondern in Gesamtkonzeptionen gepackt, verfasst von Hundertschaften Planern, Wissenschaftlerinnen und Politikern. Viel geschah nicht damit, auch weil sich die Parlamentarier immer wieder leidenschaftlich über das Gedeihen der eidgenössischen Pferde von Avanches streiten oder die Subventionierung des Tabakanbaus befördern, dessen Ertrag sie dann wieder einzuschränken haben, weil er töte. Unverkennbar erlebt zurzeit aber die Planung der sozialen, wirtschaftlichen und landschaftlichen Räume eine Wiederkunft. Wendepunkt war der 9. Juni, als der Nationalrat beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen. Undenkbar noch anfangs März – absehbar Ende März, nachdem am 11. jenes Monats das Atomkraftwerk in Japan in die Katastrophe geriet. Was seither geschah und was in den nächsten vier Jahren in Bern geschehen wird, wird für Architektur, Städtebau und Design Folgen haben. Noch sind sie nicht abschätzbar. Deshalb rate ich, die Kandidatinnen und Parteien zu wählen, die auf planende Vernunft, auf kluges staatliches Wirken setzen und voller Skepsis dem Hohelied auf die Märkte, auf die Heimat und auf die christliche Mitte zuhören.

Und mit Bedacht brauchte ich in meinem Feuilleton die weibliche Form, denn wo immer möglich, empfehle ich, Frauen doppelt zu setzen. Sie machen die bessere Politik – in der Regel. Köbi Gantenbein, Hochparterres Chefredaktor und Verleger, ist Mitglied der SP Graubünden und der Gewerkschaft Syndicom.

